



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

**Die Glyphosatleingänge der CSU beenden – Anwendungsverbot in Deutschland schnellstmöglich erlassen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt das JA zur Verlängerung der Zulassung von Glyphosat durch den geschäftsführenden Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt, entgegen der mehrmaligen deutlichen Einwände durch die Kabinettskollegin Dr. Barbara Hendricks und auf Kosten der deutsch-französischen Beziehungen.

Das Votum des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft spiegelt weder den Willen der Bundesregierung noch der Bevölkerung wider und widerspricht zudem der Geschäftsordnung der Bundesregierung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf allen Ebenen schnellstmöglichst ein Glyphosatverbot voranzubringen. Falls EU-weit keine Mehrheit für ein Verbot gefunden werden kann, soll dieses Verbot im Rahmen des vorsorgenden Verbraucherschutzes auf Deutschland beschränkt werden.

### **Begründung:**

Die Zustimmung des geschäftsführenden Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Zulassungsverlängerung des Wirkstoffs Glyphosat auf EU-Ebene war ausschlaggebend dafür, dass das Totalherbizid weiterhin flächendeckend ohne größere Beschränkungen in der Europäischen Union eingesetzt werden darf. Das Votum des Bundesministers Christian Schmidt (CSU) setzte sich über das ausdrückliche Nein des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hinweg. Die Geschäftsordnung der Bundesregierung legt fest, dass bei einem Dissens zwischen Ministerien eine Enthaltung als Votum abzugeben sei.

Für eine legitime Umsetzung der Zulassungsverlängerung ist eine Entscheidung notwendig, die 65 Prozent des Bevölkerungsanteils der EU repräsentiert. Das fatale Votum des Bundeslandwirtschaftsministers sorgte nunmehr dafür, dass mit 65,7 Prozent gerade ausreichend in der EU an Zustimmungquote erreicht wurde. Mithin ist der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft alleine dafür verantwortlich, dass Glyphosat nun weiterhin ungehemmt und flächendeckend europaweit eingesetzt werden darf.